

News Archiv January 2018

2018-01-04 18:42

[SPÖ-Bedenken an Plänen für Mangelberufsliste](#)

Die SPÖ warnt davor, dass die Liste der Mangelberufe, für die der Arbeitsmarkt für Drittstaatsangehörige geöffnet wird, noch weit größer werden könnte als bisher bekannt. Denn durch die geplante Regionalisierung der Liste könnte dann jedes Bundesland eine eigene Mangelberufsliste herausgeben.

Das könne dann zum Beispiel bedeuten, dass Koch in Tirol ein Mangelberuf ist, obwohl es in Ostösterreich zahllose arbeitslose Köche gibt, hieß es heute aus dem SPÖ-Klub. Als „nächsten unüberlegten Schnellschuss von Schwarz-Blau“ bezeichnet SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch das Vorhaben. Er rechnet vor: "Eine Regionalisierung würde innerhalb weniger Wochen zu einer Verdreifachung der Mangelberufe und zu mehr Zuwanderung aus Drittstaaten wie der Ukraine, Russland und Serbien führen.

Kritik auch von ÖGB und AK

„Nur wenige Tage nach ihrem Amtsantritt verkündete die neue Regierung überfallsartig, den Beschäftigungsbonus und die Aktion 20.000 vorzeitig auslaufen zu lassen. Und jetzt will die Regierung auch noch die Schleusen für Fachkräfte aus Drittstaaten für noch mehr Mangelberufe öffnen“, teilte heute auch ÖGB-Präsident Erich Foglar per Aussendung mit.

Kritik an den Regierungsplänen zur Mangelberufsliste kam heute auch von der Arbeiterkammer Niederösterreich (AK NÖ). „Bereits jetzt gibt es ein erhebliches Wachstum an Arbeitsplätzen, die mit ausländischen Arbeitnehmern besetzt werden. Von 100 neuen Stellen, die in Niederösterreich entstehen, kommen nur 24 Personen aus der Arbeitslosigkeit heraus. Wenn jetzt die Mangelberufe für Drittstaaten weiter aufgemacht werden, öffnet das Lohndumping Tür und Tor“, so AK-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser. Vor „großen Schwierigkeiten“ bei der Vermittlung von in Österreich arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern warnte auch Alice Kundtner von der AK Wien.

Erhard Prugger von der Wirtschaftskammer Oberösterreich ortet unterdessen in einigen Branchen eine immer schwieriger werdende Suche nach Arbeitskräften. Wo die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot stark übersteigt, spricht man von Mangelberufen - und deren Zahl habe sich Prugger zufolge sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt.

[Read more ... SPÖ-Bedenken an Plänen für Mangelberufsliste](#)

2018-01-03 10:36

[Personalmangel in Kindergärten: Novelle geplant](#)

Um den Personalmangel in Kindergärten zu entschärfen, plant die ÖVP eine Gesetzesänderung. Dadurch sollen, zumindest kurzfristig, auch Menschen mit fachverwandten Ausbildungen eine Kindergartengruppe leiten können.

In Vorarlbergs Kindergärten fehlt immer mehr Personal. Laut ÖVP-Bildungssprecherin Barbara Schöbi-Fink ist es heute schon vielerorts nicht mehr möglich, alle Kindergarten-Gruppen mit den vorgeschriebenen Kindergartenpädagoginnen zu besetzen. Etliche Gemeinden hätten bereits gemeinsame Notfallprogramme, um bei Urlaub oder Krankheit den Betrieb überhaupt noch gesetzeskonform aufrecht erhalten zu können. Mit einer Änderung des Kindergartengesetzes will die ÖVP das Problem jetzt zumindest kurzfristig lösen.

Ausgedehnte Öffnungszeiten und mehr Dreijährige

Derzeit müssen Kindergartengruppen von ausgebildeten Kindergartenpädagogen geleitet werden. Nur zu Randzeiten dürfen auch Kindergartenassistentinnen diese Funktion übernehmen. Laut Schöbi-Fink reicht das Personal durch Ausdehnung der Öffnungszeiten und die Betreuung von immer mehr Dreijährigen aber kaum noch für einen rechtskonformen Betrieb aus. Deshalb sei eine Gesetzesänderung geplant. Neben Kindergartenpädagoginnen sollen dadurch auch Menschen mit einer anderen pädagogischen Ausbildung (wie etwa Sozialpädagogik oder einem fachverwandten Uniabschluss) eine Gruppe leiten dürfen - zumindest zeitlich befristet.

Schöbi-Fink: Kein Qualitätsverlust

Wie Schöbi-Fink betont, bräuchten die Erhalter der Kindergärten flexible Möglichkeiten, um in Notzeiten - also etwa bei Krankenständen - den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Dabei könne keine Rede von einer Qualitätsverschlechterung sei - denn an der Qualität dürfe man besonders in dieser ersten Bildungseinrichtung nicht rütteln.

Wird die Novelle im zuständigen Ausschuss befürwortet, soll sie laut Schöbi-Fink schon Ende Jänner im Landtag beschlossen werden.

[Read more ... Personalmangel in Kindergärten: Novelle geplant](#)

2018-01-01 16:32

[Beschäftigungsbonus und „Aktion 20.000“ eingestellt](#)

Die ÖVP-FPÖ-Koalition stellt die beiden Beschäftigungsprogramme der Vorgängerkoalition ein. „Per Umlaufbeschluss“ sei „die Redimensionierung des ‚Beschäftigungsbonus‘ sowie die ‚Beschäftigungsaktion 20.000‘ beschlossen“ worden, teilte die Regierung heute per Aussendung mit.

Anträge zum Beschäftigungsbonus könnten noch bis zum 31. Jänner eingereicht werden. Bei der „Aktion 20.000“ „werden Anträge positiv behandelt, die bis zum 31. Dezember 2017 genehmigt bzw. in Arbeit befindlich sind“, heißt es weiter.

[Read more ... Beschäftigungsbonus und „Aktion 20.000“ eingestellt](#)

2018-01-01 11:35

[Familienfonds: Bogner-Strauß will Ressorts zur Kasse bitten](#)

Eines der ersten Vorhaben der neuen Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) ist die Reform des Fonds, aus dem die meisten Familienleistungen bezahlt werden. Sie wolle das Thema „sobald wie möglich“ angehen, sagte sie im APA-Interview. Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist seit Jahren verschuldet.

Laut Regierungsprogramm soll der Fonds in Zukunft nicht mehr gänzlich für Leistungen aufkommen, die „nicht oder nur teilweise familienrelevant“ sind. Es gehe darum, dass man gewisse Dinge „outsourcen möchte“, die nicht unbedingt in das Ressort gehören, so Bogner-Strauß. Welche konkreten Leistungen künftig aus anderen Budgets bezahlt werden sollen, konnte die Ministerin noch nicht sagen, sie wolle das „jetzt gerne einmal analysieren“.

Neuer Anlauf für einheitlichen Jugendschutz

Dass sie sich wie ihre Vorgängerinnen am einheitlichen Jugendschutz die Zähne ausbeißen wird, glaubt Bogner-Strauß nicht: „Ich hab ein gutes Gebiss.“ Sie suche „das offene Gespräch und den Konsens mit den Ländern“, sagte die neue Ministerin und gab sich zuversichtlich für eine Lösung der jahrzehntelangen Debatte. Eine Vereinheitlichung komme allen zugute. Für eine Art Rahmenvorgabe durch den Bund, die den Ländern Flexibilität überlässt, kann sich die Ministerin eher nicht erwärmen.

Dass ihr Ressort eher ein PR-Ministerium werden könnte, weist die Ministerin zurück: „Zahnlos ist es sicher nicht“, meinte sie darauf angesprochen, dass der Frauenbereich über ein geringes Budget verfügt, viele Jugendagenden Ländersache sind und nun überdies das Kindergartenwesen ins Bildungsministerium wandert. Es handle sich um ein „wunderschönes“ Ressort, „wo man vieles umsetzen kann“, findet Bogner-

Strauß.

Nachholbedarf bei Kindergärten

Was die Kindergärten angehe, seien Details zudem noch mit Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) abzuklären - „ich glaube, dass da schon sehr viele Dinge noch bei uns liegen“, zählte sie etwa Qualität und Flexibilisierung der Kinderbetreuung auf. Dass das erst recht wieder eine Aufsplitterung der Kompetenzen wäre, sieht sie nicht so.

Grundsätzlich räumt Bogner-Strauß, deren Partei das Ressort auch die letzten Jahre schon geführt hat, durchaus Nachholbedarf beim Kinderbetreuungsangebot ein: Was Kleinkinder betrifft, „sind wir ja noch ziemlich schlecht aufgestellt in Österreich“, meinte sie, „da sind wir ja noch weit weg vom Barcelona-Ziel“. Eine Betreuungsquote von 33 Prozent bei den Kleinsten hätte eigentlich schon 2010 erreicht werden sollen.

[Read more ... Familienfonds: Bogner-Strauß will Ressorts zur Kasse bitten](#)

Page 2 of 2

- [Previous](#)
- [1](#)
- 2